

Entwurf für ein
"Münchehagen-Manifest"
(Stand 2.11.88)

Der Text ist bewußt einfach und für Laien verständlich formuliert; Idee ist, daß er von möglichst vielen Gruppierungen und Personen aus dem Münchehagen-Ausschuß getragen werden kann und in der übernächsten Ausschusssitzung dort diskutiert und verabschiedet wird.

Wichtiger Vorschlag: Am Ende der nächsten Sitzung darauf bestehen, daß in der übernächsten an zentraler Stelle ein Tagesordnungspunkt "Bestandsaufnahme der Ausschuß-Arbeit" oder ähnliches reinkommt.

1. Die in Münchehagen lagernden ca. 400 000 m³ Sondermüll, der z.T. hochgiftige Stoff enthält, stellt für die Umwelt und die hier lebende Bevölkerung ein erhebliches Gefahrenpotential dar. Die Deponie muß daher saniert werden. Die bisher beschlossenen Maßnahmen stellen noch keine Sanierung, sondern den Versuch einer vorläufigen Sicherung dar.
2. Keine Lösung ist, die Stoffe auszugraben, um sie in einer anderen Sondermülldeponie, z.B. in Hoheneggelsen, wieder einzulagern. So muß eine Lösung in der Region gefunden werden.
3. Auch scheidet aus, die Altlast in einer dafür im Raum Münchehagen errichteten Hochtemperaturverbrennungsanlage (HTVA) zu verbrennen, denn:
 - das in Münchehagen lagernde Stoffgemisch ist überwiegend nicht zur Verbrennung geeignet;
 - es muß wegen den damit verbundenen erheblichen Investitionen damit gerechnet werden, daß eine im Raum Münchehagen errichtete HTVA zusätzlich große Mengen Sondermüll aus anderen Regionen aufnehmen muß;
 - durch die Verbrennungsanlagen entstehen neue Umweltprobleme. U.a. gelangen beim heutigen Verbrennungsstandard über die Abluft erhebliche Schadstoffmengen zurück in die Umwelt.

4. Aus 1. bis 3. ergibt sich zwingend, daß die Altlast in München langfristig sicher gelagert werden muß. Hierfür gibt es eine Reihe zwingender Kriterien:

4.1. Niederschlagswasser und Grundwasser darf nicht in den gelagerten Müll gelangen.

4.2. Restfeuchtigkeit aus dem gelagerten Müll darf nicht unkontrolliert in die Umwelt bzw. in das Grundwasser gelangen. Es muß vollständig aufgefangen werden und sämtliche Schadstoffe müssen zurückgehalten werden.

4.3. Die in die Luft abgegebenen Ausgasungen aus dem Müll dürfen keinerlei Schadstoffe enthalten. Dazu muß das vollständig erfaßte Gas so behandelt werden, daß sämtliche organischen Verbindungen unter der Nachweisgrenze zerstört sind und alle Metalle herausgefiltert werden.

4.4. Das Lagerungsbauwerk muß langfristig sicher sein. Das erfordert eine von allen Seiten her vollständige Kontrollierbarkeit.

4.5. Da alle Baustoffe nur eine begrenzte Lebensdauer haben, ist eine vollständige Reparierbarkeit des Lagerungsbauwerkes erforderlich.

5. Das im Rahmen des 45-Millionen-DM-Programms beschlossene Sicherungskonzept erfüllt die unter 4. genannten Bedingungen nicht, da kein Abschluß des Deponieguts nach unten geplant ist und nicht ausgeschlossen werden kann, daß längerfristig Schadstoffe weiterhin in das Grundwasser gelangen. Die Realisierung des beschlossenen Schlitzwand-Konzeptes ist einzustellen, da a) dieses Konzept keine vollständige Kontrollierbarkeit und Reparierbarkeit gewährleistet und b) die Schlitzwände herausgeschmissenes Geld sind, da sie im Rahmen des endgültigen Sanierungskonzeptes nicht verwendbar sind.

6. Die Landesregierung wird aufgefordert, sofort ein 3-Schritt-Programm mit folgendem Inhalt zu beschließen:

8. Die im Münchehagen-Ausschuß zusammengeschlossenen Personen (Anlieger, Kommunen, Bürgerinitiativen, Parteien) sind bereit, weiterhin konstruktiv an der Sanierung der Deponie mitzuarbeiten. Dies im Rahmen des Münchehagen-Ausschusses nur, wenn dieser nicht länger ein Gremium ist, das nur nachträglich über laufende Entscheidungen informiert wird, sondern zu einem echten Mitberatungs- und Mitbestimmungsgremium wird. Dazu gehört:
- vollständiges Akteneinsichtsrecht in alle behördeninternen Unterlagen.
 - Beratung aller Planungs- und Bauschritte vor deren Durchführung.
 - Geplante Maßnahmen, von denen eine Mehrheit im Ausschuß abräät, werden vorerst nicht durchgeführt, sondern unter Hinzuziehung der Spitze des zuständigen Ministeriums ("Chefsache") erneut beraten.
 - Hier weitere Bedingungen für die weitere Mitarbeit im Ausschuß.

6.1. Innerhalb von 12 Monaten wird ein Sanierungsplan erstellt, der die unter 4. genannten Kriterien vollständig erfüllt. Dazu wird sowohl der international verfügbare Sachverstand herangezogen als auch die regional betroffenen kommunalen Körperschaften und die Bürgerinitiativen beteiligt. [Folgender Satz nur, wenn darüber Konsenz erzielt werden kann: u.a. wird in dieser Phase untersucht, ob nach dem derzeitigen Technik-Standard das Gefahrenpotential geringer ist, wenn der eingelagerte Müll ausgekoffert, ausgearbeitet und in ein Bauwerk eingelagert wird (Trennen der Stoffgruppen, Chemisch-Physikalische Behandlung, Verfestigung, usw.) oder ob der jetzige Lagerungszustand möglichst wenig gestört werden darf und der Müll mit einem Bauwerk eingekapselt werden muß, welches die unter 4. genannten Kriterien vollständig erfüllt.]

6.2. Innerhalb von weiteren 12 Monaten werden die geplanten Baumaßnahmen in einem öffentlich-rechtlich-kontrollierbaren Verfahren verbindlich beschlossen, bei dem alle betroffenen Personen Einwendungen geltend machen können. Eine Durchführung im Rahmen des Gesetzes für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG) genügt nicht. In diesem Zeitraum werden auch die erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt.

6.3. Innerhalb von weiteren 24 Monaten werden die erforderlichen Maßnahmen zur endgültigen Sanierung der Deponie durchgeführt.

7. Die Region Mönchehagen hat durch die Folgen der verfehlten Chemie- und Industriepolitik der Vergangenheit, in der den Rückständen aus der Produktion nicht die genügende Aufmerksamkeit gewidmet wurde, erhebliche Nachteile erlitten. (Rufschädigung; ^{besondere Einbußen} Nachteile für die Landwirtschaft usw.) Die Landesregierung wird aufgefordert, den betroffenen Personen und Gemeinden (sowohl in Niedersachsen als auch in Nordrhein-Westfalen) ^{sowohl} im Einzelfall ^{als auch} ~~und~~ durch eine besondere Förderung kommunaler Entwicklungsprojekte einen finanziellen Ausgleich zu verschaffen.